

"Vor der Wahl zum Europäischen Parlament sind die Parteien auf Gemeinschaftsebene nicht vereint" in El País (5. November 1978)

Legende: Am 5. November 1978, zwei Tage vor Beginn der französischen Kampagne zur ersten allgemeinen Direktwahl des Europäischen Parlaments, veröffentlicht die spanische Tageszeitung El País einen Bericht über die Schwierigkeiten der politischen Parteien, ihre Arbeit auf Gemeinschaftsebene zu koordinieren und gemeinsame Wahlprogramme zu formulieren.

Quelle: El País. 05.11.1978. Madrid. "Los partidos, divididos a nivel comunitario ante las elecciones del Parlamento Europeo", auteur:Fidalgo, Feliciano.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vor_der_wahl_zum_europaischen_parlament_sind_die_parteien_auf_gemeinschaftsebene_nicht_vereint_in_el_pais_5_november_1978-de-dc8d3a52-e56b-4c45-bad1-2b937fc55166.html



Publication date: 05/07/2016

Reportage

Vor der Wahl zum Europäischen Parlament sind die Parteien auf Gemeinschaftsebene nicht vereint

Die französischen Sozialisten starten am Dienstag ihren Wahlkampf für das Europäische Parlament

180 Millionen Wähler der derzeit neun Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) werden im kommenden Juni die 410 Abgeordneten des ersten Europäischen Parlaments wählen, das aus allgemeiner Direktwahl hervorgegangen sein wird. In der Gemeinschaft sind die Vorbereitungen für dieses historische Ereignis der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf ihrem Weg zur Integration zum Tagesthema geworden. In Frankreich werden die Aktivitäten der politischen Parteien hauptsächlich von der Europawahl und der Erweiterung des Binnenmarktes bestimmt. Die Sozialistische Partei (PS) hat für kommenden Dienstag und Mittwoch in Lille den Start des Wahlkampfes unter Anwesenheit aller führenden Kräfte der Sozialistischen Internationale organisiert. Die Gaullisten halten am 12. dieses Monats einen außerordentlichen Parteitag ab, um ihre Europapolitik zu definieren. Auch die Kommunisten bereiten sich vor. Der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing wird einen Großteil seiner Pressekonferenz am 21. dieses Monats dieser Frage widmen. Unser Korrespondent in Paris, Feliciano Fidalgo, berichtet.

Feliciano Fidalgo

„Europa ist die Hoffnung“, lautet der Slogan auf den Plakaten in Frankreich, die den europäischen Wahlkampf ankündigen, der zehn Millionen Francs kosten wird (ca. 160 Millionen Peseten aus der Gemeinschaftskasse der EWG). Die Agentur Havas ist mit der Sensibilisierung der 37 Millionen französischen Wähler beauftragt, die an den Wahlen zum ersten Europäischen Parlament, das in allgemeiner Direktwahl gewählt wird, im Juni 1979 teilnehmen werden. Den Wahlen im kommenden Jahr wird trotz aller noch so heftigen Kontroversen in den neun Mitgliedstaaten über die Bedeutung des künftigen Parlaments und seine Befugnisse eine ganz neue Bedeutung beigemessen. Und dies trotz der Schwierigkeiten der unterschiedlichen politischen Strömungen der EWG, sich auf gemeinsame Programme sowohl in Gemeinschaftsfragen als auch in Bezug auf andere bedeutende Regionen und Länder der Welt (UdSSR, USA, China, Dritte Welt, Japan) zu einigen. Neun Länder, die zu den reichsten der Welt gehören, werden eine Gewalt schaffen, die durchaus nicht supranational sein soll, die aber, wenn sie erst einmal gewählt ist, eine vielleicht langsame, aber unumkehrbare Entwicklung auslösen wird. Sie wird den Weg zur Integration von menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Potenzialen ebnen. Diese können einen bedeutenden Einfluss auf das in der Welt herrschende „Kräfteverhältnis“ ausüben.

Das Europäische Parlament wird im Juni 1979 gewählt. Seine Rechtsgrundlage stellt der Römische Vertrag dar, mit dem am 25. März 1957 die EWG gegründet wurde. Der Vertragstext legt fest, dass sich die europäische parlamentarische Versammlung aus „Abgeordneten“ oder Vertretern, die in allgemeiner Wahl ernannt werden, zusammensetzt.

Derzeit besteht das Europäische Parlament aus „Delegierten“, das bedeutet, dass die Mitgliedstaaten der EWG indirekt repräsentiert sind, da die „Delegierten“ von den Parlamenten der neun Mitgliedsländer gewählt werden. Darauf ist die Tatsache zurückzuführen, dass seine Kompetenzen minimal, um nicht zu sagen inexistent sind.

Theoretisch verfügt das Europäische Parlament über folgende Kompetenzen: Kontrolle der Tätigkeit der Brüsseler Kommission und des Ministerrates. Praktisch gesehen hat das Parlament diese Befugnis kaum ausgeübt, da das nationale Bewusstsein der einzelnen Mitgliedstaaten es daran hindert. Das Parlament verfügt ebenfalls über eine beratende Befugnis und nimmt an der jährlichen Aufstellung des Haushaltsplans der Gemeinschaft teil.

Der Zankapfel

Das große Streitthema zwischen den Befürwortern und den Gegnern Europas hinsichtlich der allgemeinen

Direktwahl des neuen Parlaments ist die Frage seiner künftigen Befugnisse. Wenn sie sich nicht ändern, also fast inexistent sind, wozu dann dem Parlament das repräsentative Wesen verleihen, das es durch eine allgemeine Direktwahl erlangt?

Nur die Zeit wird die Frage klären, die die französischen Kommunisten gemeinsam mit den Gaullisten zu den vehementesten Gegnern des europäischen Aufbauwerkes gemacht hat. Befürworter wie Gegner misstrauen dem Europäischen Parlament, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Sie berufen sich auf das „heilige und unantastbare Vaterland“ und sehen im Europäischen Parlament einen „hinkenden Teufel“, der sich in das Europa der Nationalstaaten einschleicht, um es zu zersetzen. Beide Parteien haben letzte Woche auf ihre Absicht hingewiesen, die Werbung für das Europäische Parlament während des Wahlkampfes im staatlichen Fernsehen zu boykottieren.

Die Anti-Europäer können die Wahl des Parlaments nicht mehr verhindern und zeigen sich so weit wie möglich vorsichtig gegenüber dem, was über Erfolg oder Misserfolg der Wahlen entscheiden wird: die Wahlbeteiligung in den neun Mitgliedstaaten. Theoretisch gesehen sind die Bürger innerhalb der Gemeinschaft mehrheitlich für die Gründung des Parlaments. Statistiken und Umfragen zeigen bereits seit mehreren Jahren, dass fast 70 % der Wähler der EWG eine allgemeine Direktwahl des Parlaments befürworten. Italiener, Luxemburger und Niederländer sind die stärksten Befürworter Europas, Großbritannien und Dänemark die zurückhaltendsten.

Die Mobilisierung der Wähler hängt von den politischen Parteien eines jeden Landes ab. Deswegen haben vor allem in Frankreich die Parteien ihre Aktivitäten bereits auf die Vorbereitung der Wahlen konzentriert. In diesem wesentlichen Bereich haben die verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Gemeinschaft bereits einige Schritte zur Verwirklichung der Integration getan. Was aber acht Monate vor den Wahlen am meisten ins Auge fällt, sind Schwierigkeiten aller Art.

Parteienzusammenschlüsse

Da es sich um europäische Wahlen handelt, müssten bei der Vorbereitung in der Tat auch europäische Plattformen berücksichtigt werden. Dadurch würde das gemeinsame Instrument, das geschaffen werden soll, Kohärenz und einen Sinn bieten. Obgleich die politischen Parteien der neun Mitgliedstaaten ihre Arbeit bereits vor Jahren begonnen haben, geht die Verwirklichung derzeit kaum über die guten Vorsätze hinaus.

Nach zahlreichen, mühsamen Absprachen gibt es offiziell bereits drei politische Parteienzusammenschlüsse in Europa: den Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, die Föderation der liberalen und demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft und die Europäische Volkspartei, die die verschiedenen christdemokratischen Parteien der EWG integriert.

Diese Zusammenschlüsse existieren zwar auf dem Papier, haben aber noch keine Wahlplattform mit einem gemeinsamen Programm geschaffen, um den Wahlkampf ihrer Mitglieder gemeinsam zu führen.

Die Liberalen und die Christdemokraten haben es jeweils geschafft, ein gemeinsames politisches Programm zu formulieren. Das war jedoch nur auf der Grundlage von Kompromissen und Zweideutigkeiten möglich, die an einer wirksamen Umsetzung in die Praxis zweifeln lassen. Die beiden Parteien konnten sich beispielsweise in wirtschaftlicher Hinsicht nicht einigen, bis zu welchem Punkt sie bereit sind, eine freie Marktwirtschaft zu befürworten bzw. eine staatliche Planwirtschaft zu akzeptieren.

Die Christdemokraten waren nicht in der Lage, nicht nur die Familie, sondern auch andere Arten sozialer Gemeinschaften als Pfeiler der Gesellschaft klar zu definieren.

Der sozialistische Parteienblock hat noch nicht einmal einen Kompromiss im engeren Sinne ausgearbeitet. Obwohl es nicht wenige Anstrengungen gab, wurde der Entwurf für ein gemeinsames Manifest aufgegeben. Die wirtschaftlichen Fragen wurden zum größten Zankapfel auch zwischen den sozialdemokratischen und den sozialistischen Parteien: Von den unterschiedlichen Formationen wurden vier Entwürfe für eine Demokratisierung der Wirtschaft unterbreitet. Während die einen vorschlugen, die Arbeiter sollten ganz

einfach im Aufsichtsrat von Unternehmen sitzen, sah ein anderes Projekt die Selbstverwaltung vor. Das Kernkraftproblem taucht in den Entwürfen der Sozialisten nicht auf, was die Schwierigkeiten einer Verständigung nur betont.

Deshalb hat die französische Sozialistische Partei ein eigenes Programm aufgestellt, das nächste Woche auf spektakuläre Weise in Lille in Anwesenheit aller führenden Politiker der Sozialistischen Internationale und sogar der sozialistischen Parteien der drei Beitrittsländer (Spanien, Portugal und Griechenland), vorgestellt werden wird.

All diese Fragen unterstreichen die Schwierigkeit, einen gemeinsamen Wahlkampf zu führen. Dabei darf man nicht vergessen, dass auch Hindernisse anderer Art nicht aus dem Weg geräumt worden sind: Die gemeinsame Wahlkampagne einer Partei mit ihren europäischen Schwesterparteien könnte die heimischen Wähler verärgern. Viele französische Sozialisten würden sich beispielsweise nicht damit abfinden, sich den sozialdemokratischen Theorien des deutschen Kanzlers Helmut Schmidt anzuschließen. Das Gleiche geschieht mit Parteien, die auf nationaler Ebene miteinander konkurrieren (Gaullisten und Giscard d'Estaing-Anhänger in Frankreich oder Liberale und Republikaner in Italien), auf europäischer Ebene aber den gleichen Fraktionen angehören könnten.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 5. November 1978 im internationalen Nachrichtenteil.
Autor: Feliciano Fidalgo.